

SRL – Arbeitskreis „Soziale Stadt und präventive Stadtentwicklung“
Protokoll der 17. Sitzung am 26. September 2009 in Kassel

Teilnehmende: Matthias Frinken, Christian Kopetzki, Maria Noorman, Anette Quast, Norman Roda, Uta Schäfer, Christiane Schlonski, Wolfram Schneider, Gabriele Steffen, Claus Sperr, Cecile Vonderscher

1. Vorstellungsrunde – was gibt es Neues?

Mathias Frinken, Hamburg, freier Planer

- Soziale Stadt und Stadtumbau Ost werden in Brandenburg wenig aufeinander bezogen. Insgesamt ist der Stellenwert von Soziale Stadt im Land niedrig.

Anette Quast, Hamburg, freies Büro

- Die Maßnahme Itzehoe-Edendorf wird Ende 2009 beendet. Die Nachsorge im Gebiet ist noch ungeklärt; bei der Kommunalpolitik gibt es hinsichtlich der Frage wenig Resonanz.

Uta Schäfer, QM Hannover-Hainholz

- Das Programm „Stärken vor Ort“ (LOS-Nachfolge) beinhaltet aufwendige formale Anforderungen, es ist schwierig für den Begleitausschuss Bürgervertreter zu motivieren.

Gabriele Steffen, Planungsbüro

- Beschäftigt sich mit dem Thema Nachsorge (Stadtteilkonferenz, Beirat, Stadtteilbeauftragte) in Ludwigsburg
- Die Anforderungen von „Stärken vor Ort“ sind hoch, inhaltlich ist die Projektförderung positiv.
- Hinweis auf viele Ausschreibungen beim BBSR

Norman Roda, freier Stadtplaner

Christiane Schlonski, Lübeck, Stadtplanungsamt

- Insbesondere kleinere Projektträger werden von „Stärken vor Ort“ überfordert, zumal in Lübeck die Koordinierung nicht mehr durch die Kommune selbst geleistet wird und so Aufgaben „nach unten“ durchgereicht werden.
- In Schleswig-Holstein ist die Zukunft der Städtebauförderung derzeit unklar, ggf. werden die Ministerien nach der Landtagswahl am 27.9. neu zugeschnitten.
- Neue Wohnungsbauförderrichtlinien ermöglichen mit dem Instrument der Kooperationsverträge einen Teil der Förderung in soziale oder Wohnumfeldmaßnahmen einzusetzen.

Claus Sperr, Nürnberg, Planungsbüro

- Das Modellgebiet Nürnberg-Südstadt ist abgeschlossen.
- In Bayern werden die Programme der Städtebauförderung sehr flexibel gehandhabt; weiter werden kleine Kommunen aufgefordert, sich für Soziale Stadt u. Stadtumbau zu bewerben.
- Es stellt sich die Frage, ob die Zunahme des bürokratischen Aufwands durch ministeriell übergreifende Programme reduziert werden kann.

Maria Noorman, Stadt Kitzingen

- Seit 2008 mit einem Gebiet (5.000 EW) in Soziale Stadt. Ein Problem ist auch hier der hohe bürokratische Aufwand, jede Einzelausgabe muss beschrieben und abgerechnet werden.

Cecilie Vonderscher, QM Kitzingen

- Beginnt ihren beruflichen Einstieg als Quartiersmanagerin in Kitzingen, angestellt bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

Christian Kopetzki, Kassel

- Die Perspektiven für Soziale Stadt nach der Wahl sind positiv: Ausbau der Mittel durch Umschichtung aus Standardsanierung. Die Aufsplitterung der Städtebauförderung in verschiedene Einzelprogramme stärkt grundsätzlich die Verhandlungsposition bei Einsparungsansprüchen.
- In Hessen läuft das Programm weiter, allerdings mit reduzierten Steuerungsqualitäten aufgrund Personalreduzierungen im Ministerium.
- In Kassel wird die Nordstadt von kommunal finanziertem QM weiter betreut. EFRE-Mittel können als Teil der Nachsorge für lokale Ökonomie-Projekte eingesetzt werden.
- 2 neue große Gebiete (Wesertor, Rothenditmolde) werden mit Gebietsbetreuung durch Diakonie mit gleichzeitiger Erstellung des IHK durch ein Planungsbüro begonnen. Durch den zeitgleich mit der Erstellung des IHK begonnenen partizipativen Prozess werden schon zu Beginn verbindliche Verantwortlichkeiten hergestellt.

Wolfram Schneider, Gelsenkirchen (seit September in Vorruhestand)

- Bericht von der BAG Gemeinwesenarbeit-Tagung in Berlin am 17./18.9., dazu wird ein Memorandum für Nachhaltige Weiterentwicklung der Sozialen Stadt erscheinen.
- Das BBSR veröffentlicht im Oktober eine Arbeitshilfe Monitoring in der Sozialen Stadt.
- Im Herbst 2010 plant der Landtag NRW eine Diskussion über den Programmstand Soziale Stadt auf Basis von Evaluationsberichten aller laufenden Gebiete.
- Zur Verbesserung der Antragsqualität der Kommunen für die Soziale Stadt-Förderung hat das Ministerium eine Erstberatung durch ein Planungsbüro beauftragt.

2. Tagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar 2010

Die Teilnehmenden für die Diskussionsrunde auf dem roten Sofa sowie die vorzustellenden Städte stehen fest (s. aktualisiertes Tagungsprogramm i.d. Anlage). Die Moderation der Arbeitsgruppen wird dort am Freitagabend geklärt. Die rechtzeitige Werbung muss sichergestellt werden.

3. Organisationsformen des Stadtteilmanagements

Anknüpfend an den letzten AK (s. Protokoll v. 28.3.2009) stellt Gabriele Steffen folgende Prüffragen als Diskussionsanregung:

Soziale Stadt und Verwaltung :

- Wer ist einbezogen /engagiert beteiligt / informiert?
- Welche Ämter /Fachbereiche? (auch z.B. Wirtschaftsförderung)
- Welche Hierarchieebenen? (Führung, operative Basis)
- Sind Geschäfte der laufenden Verwaltung einbezogen (z.B. Grünpflege, Verkehrsüberwachung); städt. Einrichtungen (z.B. Bücherei); Pflichtaufgaben (z.B. Schule, öff. Ordnung)?
- Wer hat die Federführung?
- Wie ist der Informationsfluss organisiert? Werden alle den Stadtteil betreffenden Entscheidungen/ Aktionen kommuniziert/ abgestimmt?
- Welche Ressourcen stehen zur Verfügung (personell, finanziell); Wer entscheidet darüber?
- Verankerung des Projekts "Soziale Stadt"
- in kommunalen Gremien?
- in Routinen (z.B. Dezernentenrunden) – personell und inhaltlich?
- in strategischen Stadtprojekten (z.B. Leitbild, Stadtmarketing)?
- in kommunalen Förderprogrammen?
- in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit?

□ Organisation

- Sind Strukturen, Prozesse und Verantwortlichkeiten geklärt (verwaltungsintern und im Verhältnis Politik, zu Bürgerinnen und anderen externen Akteuren)?
- gemeinsame Arbeitsformen von Verwaltung und Bürgerinnen und anderen externen Akteuren?
- straffe Ablauforganisation - zügige Verfahren (z.B. bei Bürgeranliegen)?

□ Ziele

- Gibt es einen gesamtstädtischen Konsens über soziale Stadtentwicklung (keine weitere Benachteiligung/ Segregation produzieren)?

Zusammenfassung der Diskussion:

Die Verwaltung müsste sich stark mit der Stadt identifizieren (aber auch viele leitende MitarbeitInnen wohnen woanders). Neue Aufgaben mit dem Anspruch integrierter Planung treffen auf häufig personell geschrumpfte Verwaltungen. Ämterübergreifende interdisziplinäre Zusammenarbeit ist in Stadtverwaltungen nicht üblich und muss erst eingeübt werden.

Erfolge des Arbeitens wollen entgegen genommen werden – das setzt die Federführung eines Amtes voraus, mit dem Ergebnis, dass Andere dabei ggf. leer ausgehen. Ämterzusammenarbeit funktioniert am besten auf mittlerer Führungsebene (Arbeitsebene). Hier lassen sich gemeinsame Ziele entwickeln.

Informelle, (zunächst) nicht-öffentliche Zusammenarbeit zwischen Ämtern und Akteuren des Gebiets kann notwendiges Vertrauen herstellen. Dagegen führen Machtansprüche, Kapazitätsengpässe und die Einschätzung des Themas als irrelevant zu Blockadepotenzialen. Diese können nur durch die Verwaltungsspitzen aufgelöst werden (Top-Down-Strategie). Hilfreich können hier gemeinsame Fortbildungen sein. So kann z.B. in einem verwaltungsinternen Diskussionsprozess die ämterübergreifende Betrachtung von Sozialräumen eingeübt und Vorteile dieser Betrachtungsweise herausgearbeitet werden. Der Nutzen gemeinsamer Betrachtung muss erst erkannt werden.

Problematisch ist, dass Haushaltskürzungen (die in den Kommunen in nächster Zeit sicher zunehmen) insbesondere übergreifende, kooperativ arbeitende Stellen treffen (keine Pflichtaufgaben).

Fraglich ist, wie stringent interdisziplinäre und ämterübergreifende Strategien auch durchgehalten werden. So finden in dem Hamburger Papier „Wachsen mit Weitsicht“ die Leitlinien für nachhaltige Stadtentwicklung keine Erwähnung. Stattdessen greifen beide Strategien parallel. In Schleswig-Holstein gibt es stellenweise ministeriumsübergreifende Zusammenarbeit, jedoch nicht durchgängig. Als Chance kann die Erarbeitung der ISEKs genutzt werden, wie z.B. in Lübeck durch fachübergreifende Steuerung. Die Frage, ob ein gemeinsames Programm mehrerer Ministerien auf Bundesebene die Arbeit vor Ort vereinfachen würde, wurde andiskutiert. In jedem Fall müsste der „Zusatznutzen“ für die beteiligten Ministerien deutlich gemacht werden.

Diskutiert wurde auch die Frage, ob die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzsystems eine Chance für Projekthaushalte von Stadtteilen bieten könnte. Vorteile wären die Transparenz und die Möglichkeit des Umsteuerns.

Schließlich wurde im Hinblick auf die Trägerstrukturen des QM auf mögliche Interessenskonflikte bei der Ansiedlung des QM bei der Wohnungswirtschaft oder karitativen Trägern hingewiesen, da diese starke Eigeninteressen verfolgen.

Nächster Termin: **Sonnabend 20.3.2010** in Kassel

Thema: **Mittelbündelung** – welche Möglichkeiten bieten andere Programme und wie sind die Anforderungen zu erfüllen?

Diskussion auf Basis der Erfahrungen der Teilnehmenden. Ziel soll die Formulierung eines Offenen Briefs sein, in dem für Bürokratieabbau geworben wird.

Anette Quast, Hamburg 29.09.2009